

War die LDPD liberaler als die anderen Blockparteien? Eine Untersuchung des Bezirksverbandes Rostock 1985 - 1989

Einleitung

Die „liberale Denkfamilie“¹ ist groß und umfasst viele Facetten zwischen sozialliberalen, wirtschaftsliberalen oder eher konservativen Positionen. Ihnen gemeinsam ist die Ablehnung geistigen, sozialen oder politischen Zwangs und die Referenz auf vier liberale Kernprinzipien: das Recht auf Selbstbestimmung, die Beschränkung der staatlichen Macht, die Stärkung der individuellen Freiheiten und die Selbstregulierung der Wirtschaft.²

Auch in der DDR gab es eine Partei, die sich – zumindest dem Namen nach – liberalen Werten verpflichtet sah: die Liberaldemokratische Partei Deutschlands, kurz LDPD.³ Ist es möglich, dass die liberalen Kernprinzipien auch von einer Partei in einem sozialistisch-planwirtschaftlichen Staat unter der Führung einer herrschenden Partei vertreten werden? Offiziell erkannte auch der Staatssozialismus der DDR im Liberalismus eine zumindest partiell fortschrittliche Bewegung, deren Grundgedanken sowohl die Einschränkung der Staatsmacht und die freie Bewegung der Individuen durch die Wahrung der Grundrechte als auch ökonomische Freiheit und Privateigentum an Produktionsmitteln waren und die so der objektiven historischen Entwicklung diente.⁴ Als konsequentesten Verfechter bürgerlicher Freiheiten wähnte die SED jedoch die Arbeiterklasse, die deren Umsetzung durch die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaftsordnung erst ermöglicht habe.⁵ Die LDPD verstand sich in ihrem politischen Streben den offiziellen Verlautbarungen

1 Eintrag „Liberalismus“. In: Klaus Schubert/Martina Klein: Das Politiklexikon. Begriffe, Fakten, Zusammenhänge. 5. Aufl. Bonn 2011, S. 180 ff.

2 Vgl. ebd.

3 Mit der Bezeichnung LDPD wird die liberaldemokratische Partei der DDR während ihrer gesamten Existenz benannt, obwohl das hintere D erst ab Oktober 1951 zum Partekürzel gehörte.

4 Vgl. Eintrag „Liberalismus“. In: Autorenkollektiv (Hrsg.): Kleines Politisches Wörterbuch. Berlin (Ost) 1967, S. 383.

5 Vgl. ebd.

zufolge als Fortsetzerin der fortschrittlichen Tradition des Bürgertums, selbstverständlich jedoch auf einer neuen gesellschaftlichen Grundlage.⁶

Daraus ergeben sich zwei Fragen. Erstens: Passt die LDPD der DDR auch nach vierzig Jahren „sozialistischer Modifikation“ liberaler Ideen überhaupt noch in die „liberale Denkfamilie“? Und wenn ja, wie hat dieser sozialistisch-modellierte „Liberalismus“ der DDR ausgesehen und was ist von den eingangs genannten vier Kerngedanken noch im Wirken und Denken der Liberaldemokraten zu erkennen? Der Vergleich mit den anderen drei kleinen Blockparteien Christlich-Demokratische Union Deutschlands [CDU(D)],⁷ Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) soll diese Fragen beantworten helfen.

Am Beispiel des LDPD-Bezirksverbandes Rostock sollen im Folgenden exemplarisch einzelne Elemente des politischen Spektrums liberaler Werte aufgezeigt werden: Als Ausdruck ihres Strebens nach einer Stärkung der individuellen Freiheiten und des Rechts auf Selbstbestimmung wird a) der Einsatz der LDPD für eine freiere Meinungsäußerung und b) die Forderung nach einem offeneren Zugang zu Informationen untersucht. Das Engagement der LDPD für c) die Beschränkung der Allmacht der SED und d) die Bezugnahme der Liberaldemokraten auf die freiheitlich-bürgerliche Tradition ist das dritte und vierte Element liberal-demokratischen Denkens, dem in dieser Mikrostudie nachgegangen wird.⁸

Auf drei verschiedenen Ebenen soll verdeutlicht werden, inwiefern sich die Liberaldemokraten der DDR für eine freiere Meinungsäußerung einsetzen: im offenherzigen Benennen von Missständen, dem authentischen und zumindest teilweise basisdemokratisch-orientierten Berichterstattungssystem und dem Umgang mit abweichenden Meinungen.

6 Vgl. Eintrag „Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)“. In: Ebd., S. 382.

7 Mit der Bezeichnung CDU(D) wird die christdemokratische Partei der DDR während ihrer gesamten Existenz benannt, obwohl das hintere D nur in den Gründungsjahren zum Partienamen gehörte.

8 Vorab muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass dieser Artikel im Wesentlichen aus Teilergebnissen der Doktorarbeit „Fresse aufmachen gegen die Bürokratenscheiße.“ Die Blockparteien im SED-System der letzten DDR-Jahre. Wahrnehmung und Partizipation. besteht, die im Februar 2016 an der Universität Greifswald eingereicht worden ist und die die Erosion des SED-Herrschtsapparates in den späten 1980er Jahren am Beispiel der Blockparteien des ehemaligen Bezirks Rostock untersucht. Für weiterreichende inhaltliche, methodische und theoretische Ausführungen und die quellengestützte Argumentation sei auf diese Schrift verwiesen.

Benennen von Missständen in Wirtschaft und Gesellschaft

Die Blockparteien der DDR übten in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre regelmäßig Kritik an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen der SED und beriefen sich dabei hauptsächlich auf die Reformen Gorbatschows. Den Hauptteil der geäußerten Kritik in NDPD, DBD und CDU(D) machten materielle Probleme und Sorgen aus. Einzig bei der LDPD hatten freiheitlich-politische und gesellschaftliche Fragestellungen Priorität gegenüber materiellen Mangeldiskussionen. Wie groß der alltägliche Mangel in den späten 1980er Jahren war, beobachteten auch die Blockparteimitglieder und zogen daraus Rückschlüsse auf das Funktionieren der Planwirtschaft.

Die bedarfsgerechte Versorgung mit Lebensmitteln, Wohnraum und Dienstleistungen stellte nicht nur in dieser Zeit für alle Parteien ein zentrales Thema dar. In NDPD und DBD war es sogar das wichtigste Thema. Man war sich parteiübergreifend einig, dass die DDR-Wirtschaft weder bedarfsgerecht noch effizient produziere, dass Leitungskader nach Eignung ausgewählt werden sollten und dass der Mangel an authentischen Informationen die Ursachenforschung und -behebung erschwere. Strukturelle Defizite des planwirtschaftlichen Systems machten insbesondere CDU(D) und NDPD aus, während die DBD-Leitung dagegen noch im Sommer 1989 die konsequenteren Umsetzung der SED-Wirtschaftspolitik zur besseren materiell-technischen Absicherung der landwirtschaftlichen Produktion forderte. In den Mitgliedschaften aller Parteien wurde die Umsetzung von Reformen nach sowjetischem Vorbild als notwendig erachtet und zunehmend weniger Vertrauen in die Wirtschaftskompetenz der SED gehegt. Teile der NDPD bewerteten die Probleme im März 1989 als so grundsätzlich, dass eine Abkehr vom Staatssozialismus zumindest diskutiert wurde.⁹

Auch in der LDPD-Mitgliedschaft lag ein Schwerpunkt der Unmutsäußerungen im Bereich der Versorgung mit Lebensmitteln, Dienstleistungen, Wohnungen, Baumaterialien, Ersatzteilen, Konsumgütern und Textilien. Deutlicher als bei den anderen Parteien hatte die Versorgungsfrage bei den Liberaldemokraten aber eine politische Komponente: Die unzureichende Versorgung und die fehlende Aussicht auf Besserung wurden bereits Ende 1987 „als Grund angegeben, keine gesellschaftliche Verantwortung übernehmen zu wollen“.¹⁰ Fragen nach der grundsätzlichen Richtigkeit der Planwirtschaft waren vorerst aber noch Einzelerscheinungen. Dem puren Auflisten von Mängeln verfielen die Mitglieder der LDPD offenbar seltener als die an-

9 Vgl. Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweisen unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock vom 15.3.1989, BStU MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 28.

10 Informationsbericht Rostock-Stadt vom 5.11.1987, Archiv des Liberalismus, Gummersbach (im Folgenden abgekürzt als ADL), Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

deren Parteien, sondern sie hinterfragten und kritisierten ebenso ursächliche Einzelheiten des planwirtschaftlichen Systems. Die Erkenntnis, dass die Angaben der staatlichen Zentralverwaltung angesichts der leeren Regale manipuliert sein müssen und selbst die scheinbar unkompliziert zu behebenden Hemmnisse nicht angegangen würden, führte bei den Liberaldemokraten bereits ab dem Sommer 1987 zu ernstzunehmenden Zweifeln an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED. Als ein grundlegendes Problem erkannten die Liberaldemokraten die starke Diskrepanz zwischen Plan, Bilanz, Vertrag und tatsächlicher Warenauslieferung an den Einzelhandel. Als ursächlich dafür wurden „kontraproduktive Maßnahmen der Regierung“ im Bereich der Arbeitsgesetzgebung und Sozialpolitik,¹¹ das Fehlen einer Analyse und Auswertung der Produktionshemmnisse und subjektiver Mängel und Schwächen von Wirtschaftskadern, mangelndes Leistungsprinzip und fehlende Rechenschaftspflicht sowie fehlende Arbeitskräfte gesehen. Die Besetzung leitender Posten nach Parteibuch statt nach Leistung kritisierten die Mitglieder ebenfalls als verfehlt.¹² Zusätzlich sorge sowohl das unterschiedliche Tarifsystem im öffentlichen und privaten Sektor als auch die leistungsunabhängige Bezahlung für Ungerechtigkeiten. Daraus würden mangelnde Motivation und Gleichgültigkeit in der Produktion resultieren.¹³ Der Abschlussbericht zum Mitgliedsbuchumtausch spricht sogar von „kritischen Fragen zur Überlegenheit der Planwirtschaft“.¹⁴ Konkreter wurden die Mitglieder im Kreisverband Ribnitz-Damgarten: „Viele wollen grundlegende Wirtschaftsreformen in der DDR, bis hin zu personellen Veränderungen“.¹⁵ Neben diesen zentralen Fragen wurden auch die fehlende Flexibilität des Wirtschaftssystems, die Verknappung der Konsumgüter durch Exporte, die auf Überschussabschöpfung ausgerichtete Preispolitik und der fehlende technische Fortschritt in Produktion und Verwaltung kritisiert.¹⁶

Bereits vor dem Beginn der Ausreisewelle im Sommer 1989 waren Republikflucht, Ausreiseanträge, und die allgemeinen Reisebestimmungen in allen Parteien wichtige Themen. Besonders früh zeigten sich LDPD und NDPD alarmiert. Dabei scheuteten die Liberaldemokraten auch heikle The-

11 Vgl. z. B. Abschlussbericht des 29. Zirkeljahres des LDPD-BV Rostock vom 18.7.1986, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33879, S. 2.

12 Vgl. Abschlussbericht zur Ausgabe neuer Mitgliedsbücher im LDPD-KV Rostock-Land (ohne Datum, wohl Anfang 1988), ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33834, S. 2.

13 Vgl. LDPD-Informationsbericht Rostock-Stadt vom 15.1.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2.

14 Neue Aspekte aus den persönlichen Gesprächen zur Ausgabe neuer Mitgliedsbücher, Berlin vom 29.10.1987, ADL, Bestand Beratungen des Sekretariats des Bezirksverbandes Rostock, Nr. 29094 c, S. 3.

15 Informationsbericht Ribnitz-Damgarten vom 4.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

16 Vgl. z. B. Neue Aspekte aus den persönlichen Gesprächen zur Ausgabe neuer Mitgliedsbücher vom 29.10.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 29094 c.

men wie den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze nicht, den es offiziell gar nicht gegeben hat.¹⁷ Neben der grundsätzlichen Kritik an der nicht vorhandenen Reisefreizügigkeit stellte die willkürliche Auslegung und Praxis der Reisegesetzgebung sowohl bei der LDPD als auch bei CDU(D) und NDPD ein Reizthema dar. Sie wurde als mangelndes Vertrauen der SED-Führung in die DDR-Bürger gewertet.¹⁸

Die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zunehmenden Besuchsreisen führten aus Sicht der Liberaldemokraten zu zweierlei Problemen: Die heimgekehrten Bürger übten nach dem direkten Vergleich besonders scharfe Kritik an den ökonomischen Zuständen in der DDR.¹⁹ Bei denjenigen, die nicht von Besuchsreisen zurückgekehrt seien oder die dauerhafte Ausreise beantragt hätten, müsste die Gesellschaft die Motive hinterfragen. Darüber, dass die Ursachen auch in der DDR selbst zu suchen seien, war man sich bei der LDPD einig:²⁰ So machte der Rostocker Landkreis eine unbefriedigende Wirtschaft, Starrheit und Bürokratie für die Zunahme der Ausreisen verantwortlich und forderte im Mai 1988 neue Reiseregelungen.²¹ Dagegen erkannte der DBD-Bezirksverband in den aufkommenden Ausreisebestrebungen nur das Ergebnis westlicher Propaganda²² und auch der NDPD-Hauptausschuss führte die Ausreisebewegung auf die gezielte Anwerbung von Fachkräften durch die Bundesrepublik zurück,²³ obwohl auch viele NDPD-Mitglieder DDR-interne Probleme als Ursachen benannten.²⁴

17 Informationsbericht November/Dezember 1986 des LDPD-BV an den ZV vom 12.12.1986, ADL, Bestand Abteilung Parteiorgane, Nr. L8-1005, S. 2.

18 Vgl. z. B. Informationsbericht der CDU(D)-Rostock-Stadt vom 5.11.1988, ACDP 03-043-032/4, S. 2 oder LDPD-Informationsbericht Rostock-Stadt vom 3.8.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33786, S. 2 oder Information 13/87 des NDPD-KV Bad Doberan vom 19.6.1987, SAPMO BArch, DY/16 4535, S. 2.

19 Vgl. z. B. Neue Aspekte aus den persönlichen Gesprächen zur Ausgabe neuer LDPD-Mitgliedsbücher, Berlin vom 29.10.1987, ADL, Bestand Beratungen des Sekretariats des Bezirksverbandes Rostock, Nr. 29094 c, S. 4.

20 Vgl. z. B. Informationsbericht der LDPD-Bad Doberan vom 7.3.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

21 Vgl. Informationsbericht Rostock-Land vom 5.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

22 Vgl. Abschlussbericht über die Durchführung der Jahresversammlungen in den Orts- und Wohngebietsgruppen vom 2.3.1988, SAPMO BArch, DY 60/3166, S. 5.

23 Für die BRD gehöre „*das Anwerben zur Kultur des Kapitalismus, für den auch der Mensch eine Ware ist*“. Ausführungen für die Beratung der Parteikontrollkommission mit den Vorsitzenden der Bezirksparteikontrollkommission am 28.8.1988, SAPMO BArch, DY 16/5237, S. 16 f.

24 Als Ausreisegründe wurden von den NDPD-Mitgliedern dabei zumeist mangelnde Reisemöglichkeiten, fehlende Freiheit und eine empfundene Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Theorie und Praxis angegeben. Vgl. Entwicklung der Partieverfahren seit dem 12. Parteitag (NDPD) bis 21.12.1986, SAPMO BArch, DY 16/3717, Anlage 4.

Unterschiede im Berichterstattungswesen

Wenn abweichende Meinungen in den Blockparteien in unterschiedlichem Maße geäußert werden konnten, setzt dies eine unterschiedliche Praxis im Berichterstattungswesen und in den innerparteilichen Diskussionskulturen voraus.

Die LDPD-Kreisverbände schrieben monatliche Berichte an ihre Bezirksverbände, allerdings befinden sich diese nur zum Teil im Archiv des Liberalismus und sind auch nicht für jeden Kreisverband in ähnlichem Umfang überliefert. Inhaltlich befassten sich diese Informationsberichte vor allem mit ideologischen Problemen, „die sich aus der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des 13. Parteitags und der Vorbereitung und Auswertung des 14. Parteitags der LDPD sowie bei der Mitwirkung zur Umsetzung der Beschlüsse des 11. Parteitags der SED“ ergaben.²⁵ Die Berichte der Liberaldemokraten zeichneten sich durch eine hohe Selbstreferenzialität aus, die auch konzeptionell verankert war: Auch die Bezirksvorstandssitzungen bezogen sich in der Regel nur auf die letzte LDPD-Zentralvorstands-Tagung. Strukturell folgten die Berichte immer der Trias Außenpolitik, Innenpolitik, Innerparteiliches. Ausgehend von den Informationen der Kreise verfasste der Bezirksverband pro Jahr sechs Informationsberichte an den Zentralvorstand, die diese z.T. wortwörtlich oder passagenweise wiedergaben, zumindest aber zutreffend zusammenfassten. Eine direkte Informationsweitergabe der Kreise an die Parteileitung gab es bei der LDPD im Gegensatz zu den anderen Parteien nicht.

Auffällig ist die klare Sprache der Liberaldemokraten. Der Anteil der kritischen Informationen über die Lage und Stimmung vor Ort lag in den Informationsberichten der LDPD bei etwa 50-75 % und war damit sehr hoch. Vermutlich geht damit auch eine hohe Authentizität einher. Ein Indiz dafür ist auch die Tatsache, dass einzelne Kreisverbände die Themen der Informationsberichte vorab gemeinsam mit den Mitgliedern festlegten, die angefertigten Berichte verlasen und vor dem Absenden die Zustimmung der Mitglieder einholten.²⁶ Auch wenn diese Angaben der Sekretariate Rostock-Land und Ribnitz-Damgarten nicht stimmen sollten, würde auch die Fehlinformation zeigen, dass ein derart basisdemokratisches Vorgehen zumindest als wünschenswert angesehen wurde.

Wie bei den anderen Parteien finden sich auch bei der LDPD Berichte, aus denen einzelne Absätze offensichtlich ausgeschnitten worden sind. Ob dies Zensurzwecken diente oder die fehlenden Passagen an übergeordnete

25 Information „Anforderung an Informationsberichte“ vom 12.1.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33812.

26 Vgl. z. B. Protokolle der Sekretariatsitzungen vom 29.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33800.

oder sonstige Instanzen weitergeleitet worden sind, kann leider nicht beurteilt werden. Im Jahr 1986 hatten nur etwa zwei Drittel aller Mitglieder regelmäßigen Kontakt zu den Parteiorganisationen, was unter anderem mit einem mangelnden Parteiprofil begründet wurde. Dementsprechend war die Beteiligung an Parteiveranstaltungen dann am besten, wenn die Mitglieder konstruktive Streitgespräche erwarteten. Dennoch legten die Kreisverbände großen Wert darauf, dass ihre Berichte von den übergeordneten Instanzen tatsächlich gelesen und die darin enthaltenen Fragen beantwortet wurden. Dies sei Bestandteil der innerparteilichen Demokratie, mahnte ein Kreisverband an.²⁷

Umgang mit abweichenden Meinungen

Im Gegensatz zu CDU(D), NDPD und DBD wünschten sich die Liberaldemokraten einen toleranteren Umgang mit abweichenden Meinungen. Ab dem Sommer 1987 setzten sich die Liberaldemokraten intensiv mit dem Unmut der Bevölkerung auseinander: Würden die staatlichen Stellen selbst offener die Meinungsfreiheit nach dem neuen sowjetischen Vorbild praktizieren, würde individueller Kritik von Bürgern der „Hauch des Oppositionellen“ genommen.²⁸ Anlass zur Kritik sahen sie genug. Auch bei den Bürgern wachse der „Mut zum offiziellen Bekunden der Meinung“ und verdränge die „Einschüchterung und Angst vor Schwierigkeiten“.²⁹ Seit der Auflösung einer nicht-zugelassenen Demonstration auf der jährlichen Gedenkfeier für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar 1988 nahmen die Diskussionen über den Umgang des Staates mit Andersdenkenden zu. Man hätte die Demonstranten einfach mitdemonstrieren lassen sollen, der Staat habe überreagiert. Man müsse zwar argumentieren, sich aber damit abfinden, dass es „immer andersdenkende Menschen gibt und die sich zunehmend bemerkbar machen“, wurden die Stellungnahmen im Kreisverband Bad Doberan zusammengefasst.³⁰

Noch etwas deutlicher wurde der Kreisverband Rostock-Stadt: Im Rahmen des KSZE-Prozesses sollten auch diese Form von Meinungsäußerungen möglich sein. Man brauche den Meinungstreit mit „solchen Leuten“ und

27 Vgl. Informationsbericht LDPD-Rostock-Land vom 6.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845, S. 3.

28 Informationsbericht LDPD-Rügen vom Juni 1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33812.

29 Ebd.

30 Informationsbericht LDPD-Bad Doberan vom 5.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 3.

„nicht das Meinungsregulativ durch die Staatsmacht.“³¹ Die Praxis der Ausweisung von Aktivisten würde ohnehin nur Nachahmer ermutigen.³² Zwischen diesen und wesentlich konformeren Meinungen³³ vermittelte der Bezirksverband: Man müsse „bei den kritischen Äußerungen unterscheiden, ob sie aus echter Sorge stammen oder gegen den Sozialismus gerichtet sind“.³⁴ Woran er das allerdings unterscheiden wollte, blieb offen.

Besonderes Augenmerk legte die LDPD auf die Jugendlichen: Es gebe „organisierte Zusammenkünfte in Wismar“ und man beobachte die Tendenz zur Bildung von Jugendgruppen jenseits der FDJ. Dass Jugendliche aufgrund der weltanschaulichen Schranken der FDJ das Gefühl hätten, sich nur in kirchlichen Einrichtungen artikulieren zu können, erkannte unter anderem der Kreisverband Bad Doberan als Grund für deren Abwendung von staatlichen Institutionen an.³⁵

Angesichts der im Mai 1989 anstehenden Kommunalwahl sahen auch die Mitglieder der LDPD Schwierigkeiten kommen und erwarteten eine steigende Anzahl Eingaben.³⁶ Neben den Sammlungsbestrebungen im Jugendbereich wurde von diesen auch ein zunehmendes Interesse an der Gründung von Umweltgruppen³⁷ und ein entstehendes Spannungsfeld zwischen Bürgern und Regierung beobachtet.³⁸ In der direkten Auseinandersetzung zwischen Wählern und Kandidaten drücke sich dies nicht nur in konkreten Fragen nach den politischen Vorhaben der Kandidaten, sondern ebenso in der Ablehnung von Kandidaten aus, „denen man keine ausreichende Kampfposition zutraute.“³⁹ Eine kritische Grundstimmung in der Bevölkerung kam also

31 Informationsbericht LDPD-Rostock-Stadt vom 9.2.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

32 Vgl. LDPD-Kreisvorstandssitzung Rostock-Land vom 7.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33831, S. 4 f.

33 Vgl. LDPD-Kreisvorstandssitzung Ribnitz-Damgarten am 24.2.1988, ADL, Bezirk Bestand Rostock, Nr. 33800, S. 2.

34 Protokoll der LDPD-Bezirksvorstandssitzung am 28.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 12.

35 Protokoll der LDPD-Kreisvorstandssitzung Bad Doberan vom 18.3.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33796, S. 2.

36 Vgl. z. B. Protokoll der LDPD-Sekretariatsberatung Wolgast vom 2.5.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33807.

37 Vgl. LDPD-Sekretariatsssitzung Rostock-Land vom 9.3.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33801, S. 2.

38 Vgl. Informationsbericht LDPD-Rostock-Stadt vom 13.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 3.

39 Informationsbericht LDPD-Stralsund vom 5.4.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33788.

nicht nur durch die angekündigten Wahlverweigerungen⁴⁰ zum Ausdruck, sondern auch durch den Umgang der Bürger mit ihren Vertretern. Letzteres wurde nicht nur von der LDPD-Basis, sondern auch vom Bezirksvorsitzenden Günter Krüger begrüßt.⁴¹ Eine vergleichsweise tolerante Einstellung zeigte Krüger auch bei der Beurteilung von jugendlichem Vandalismus im Bezirk: Selbst blinde Zerstörungswut sei ein Ausdruck von Unzufriedenheit.⁴² Allein durch die Sinnzuschreibung hebt sich Krügers Einschätzung von der sonst üblichen Diffamierung jeglicher Protestformen zu willkürlichen Rowdytum ab.

Zur Rolle der Kirchen äußerte sich die LDPD insgesamt nur wenig. Häufiger sprachen die Mitglieder aber das Verhältnis zwischen Staat und Kirche beziehungsweise die Einstellung der SED-Führung gegenüber dem Christentum an und beurteilten es weniger positiv als offizielle Verlautbarungen.⁴³

Forderung nach offenerem Zugang zu Informationen

Allen diskutierten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Problemen war die Kritik an der Informationspolitik der SED inhärent: Die Mitglieder der Blockparteien hatten das Gefühl, dass ihnen Informationen vor-enthalten, diese manipuliert oder einseitig dargestellt würden. Übergreifende Kritikpunkte waren, dass die DDR-Medien zu spät und zu zaghaft, nur selektiv und nach politischem Ermessen berichten und die DDR-Presse sich durch die wahrgenommene Diskrepanz zwischen Bericht und Realität insgesamt unglaublich machen würde. Auch der Verdacht der Preszensur wurde in CDU(D) und NPD deutlich artikuliert. Obwohl die Mitglieder aller Parteien sich grundlegend einig in ihrer Einschätzung waren, war die Kritik an der Informationspolitik bei der LDPD am stärksten ausgeprägt.

Die SED-Informationspolitik krankte nach Meinung der Mitglieder aller Parteien an permanenter Unehrlichkeit, die sich sowohl als Verschweigen von bekannten Tatsachen als auch in Form von intransparenten und geschönen

40 Im KV Wismar wurden Ende April 241 Wahlverweigerungen angekündigt. Protokoll der LDPD-Sekretariatsitzung vom 24.4.1989, ADL Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33806. In Dranske/KV Rügen kündigten sieben Offiziere an, von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch zu machen und lösten damit ein Politikum aus. Informationsbericht LDPD-Rügen vom 9.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33821.

41 Vgl. Rede Krüger auf der Bezirksvorstandssitzung am 11.5.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 2.

42 Vgl. Informationsbericht BV an den ZV vom 12.5.1989, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005.

43 Vgl. Informationsbericht Bad Doberan vom 4.1.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2 oder Informationsbericht Rostock-Land für Juni 1989, ADL, ebd., Nr. 33845, S. 3.

ten Bilanzen und Statistiken manifestierte. Statt der permanenten Schönfärberei forderten die LDPD-Mitglieder aller Rostocker Kreisverbände und auch der Bezirksverband offene Mängeldiskussionen und eine realitätsnahe Berichterstattung über Versorgungsprobleme, Planrückstände und Wirtschaftshemmnisse. Was der Kreisverband Wismar im August 1987 noch als Frage formulierte, wurde im November zur resignierten Feststellung: „Wir lügen uns so lange in die eigene Tasche, bis wir keinen Ausweg mehr finden.“⁴⁴ Die aufgrund der Alltagserfahrungen geäußerten Zweifel an den veröffentlichten Plänen und Bilanzen nahmen bis 1989 weiterhin zu und wurden von der permanenten Forderung nach mehr Offenheit und Ehrlichkeit begleitet. Dies würde nicht nur das Vertrauen der Bürger in die DDR erhöhen, sondern sei auch die Voraussetzung für die Behebung der Missstände. Im Gegensatz zu den NDPD- und DBD-Bezirksvorsitzenden hielten sich die CDU(D)- und LDPD-Bezirksebenen nicht mit eigener Kritik zurück.

Bei der LDPD waren sich die Mitglieder und Bezirksfunktionäre im Gegensatz zu den anderen Parteien darin einig, dass eine transparente und umfassende Informationspolitik eine Grundvoraussetzung für demokratische Teilhabe sei und schlussfolgerten, dass die DDR „eine Informationspolitik, die der politischen Bildung, der Würde und dem staatsbürgerlichen Bewusstsein angemessen ist“, brauche.⁴⁵ Da sich aber keine SED-geleitete Richtungsänderung abzeichnete, sahen die Absolventen der Bezirksparteischule ihre Partei in der Pflicht: „Wann wird die LDPD die Medienpolitik verändern?“⁴⁶

Besonderen Anlass zur Kritik der SED-Informationspolitik bot die Streichung der deutschsprachigen Ausgabe der beliebten sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ am 27. November 1988 von der Vertriebsliste, was de facto einem Verbot gleichkam. Hintergrund war die öffentliche und kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kommunismus innerhalb der Sowjetunion: Artikel über die Verbrechen Stalins oder ein kritisches Hinterfragen der Rolle der KPD für den Aufstieg Hitlers leisteten aus der Sicht der SED einer möglichen Diskreditierung des Sozialismus Vorschub und waren damit staatsfeindlich. Auch neue sowjetische Filme, deren Ausstrahlung bereits angekündigt war, wurden verboten.⁴⁷ Die Parole „Von der Sowjetunion lernen, heißt Siegen lernen!“ war hinfällig geworden. Besonders deutlich sprachen sich die Angehörigen der Universitäten Rostock und Greifswald und andere

44 Informationsbericht LDPD-KV Wismar vom 6.11.1987, ebd., Nr. 33786, S. 3.

45 Referat des LDPD-Bezirksvorsitzenden Krüger auf der Bezirksvorstandssitzung am 26.6.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 9.

46 Auswertung der LDPD-Bezirksparteischullehrgänge 1988/1989 vom 5.7.1989, ADL, Bestand ZV-Abteilung Schulungen, L8-345, S. 3.

47 Vgl. Kai Langer: „Ihr sollt wissen, dass der Norden nicht schläft...!“ Zur Geschichte der Wende in den drei Nordbezirken der DDR. Bremen 1999, S. 93.

Angehörige der „Intelligenz“ aus. Innerhalb des Rostocker SED-Bezirksverbandes wurden elf Parteistrafen wegen Protesten gegen das Sputnik-Verbot verhängt. 75 % aller Eingaben gegen das Verbot kamen im Bezirk Rostock von SED-Mitgliedern.⁴⁸

Das „Sputnik“-Verbot kritisierten aber auch die Mitglieder von CDU(D), NDPD und LDPD deutlich. Gerade weil das Magazin häufig für seine offene und kritische Berichterstattung gelobt wurde, erschien den LDPD-Mitgliedern der ablehnende Kurs, den die SED-Regierung gegenüber den Reformen Gorbatschows einnahm, in diesem Fall besonders deutlich. „Der Klassenfeind steht jetzt östlich der DDR“, kommentierte der Rostocker Stadtkreis spöttisch.⁴⁹ Von Entmündigung, Zensur, Bevormundung, Übertreibung und Betrug⁵⁰ sprachen die Mitglieder ebenso wie von mangelndem Vertrauen, einem Bruch des KSZE-Abkommens und einem Rückfall in den Kalten Krieg.⁵¹ Angekündigte Ämterniederlegungen und Austritte bislang sehr engagierter Mitglieder begleiteten den Protest.⁵² Es wurden auch Fragen zur Beteiligung und Positionierung der LDPD zu den Vorgängen gestellt. Die Erkenntnis, dass „auch die LDPD nichts ändern kann“,⁵³ beförderte sowohl die Resignation als auch die Parteiaustritte.

Mit Rudolph Schulze stand dem zuständigen Ministerium für Post- und Fernmeldewesen ein CDU(D)-Mitglied vor. Die Meinungsäußerungen innerhalb seiner Partei bleiben insgesamt etwas verhaltener. Der Vorsitzende des Kreisverbandes Rostock-Land soll laut MfS-Bericht wegen dieses „beschämenden“ Ereignisses sogar den Rücktritt Honeckers „und seiner Mannschaft“ gefordert haben.⁵⁴ Noch ist dies aber eine Einzelmeinung. Auch bei der NDPD sorgte das Verbot des „Sputnik“ für große Aufregung. Abgesehen

48 Vgl. Bernd Lindner: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90. Bonn 1998, S. 18. Der SED-Bezirksverband Rostock war im Februar 1987 jedoch auch in etwa dreimal größer als alle übrigen Rostocker Blockparteien zusammen. Zahlen entnommen aus Übersicht über die Versammlungstätigkeit nach SED-Kreisverbänden, SAPMO BArch DY 30/32765.

49 Informationsbericht Rostock-Stadt vom 13.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787.

50 Z. B. Informationsbericht für den Monat Oktober aus dem KV Rostock-Land, vermutlich Anf. November 1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

51 Informationsbericht Rostock-Stadt vom 7.11.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 2.

52 Vgl. Informationsbericht Grimmen vom 8.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, Informationsbericht Wismar vom 8.1.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock Nr. 33787, S. 2 und Informationsbericht Bad Doberan vom 8.12.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33787, S. 1 f.

53 Informationsbericht Dezember/Januar des BV an den ZV vom 19.1.1989, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 3.

54 Einschätzung über sicherheitspolitisch-bedeutsame Reaktionen, Standpunkte und Verhaltensweisen unter Angehörigen der Blockparteien im Bezirk Rostock vom 15.3.1989, BStU MfS BV Rostock, Abt. XX, Nr. 659, Bl. 26.

von Einzelstimmen wurde diese Maßnahme von der absoluten Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre bis in die Bezirksebene hinein mit Entrüstung, Enttäuschung und Verbitterung zur Kenntnis genommen. „Wir haben nichts gegen den sozialistischen Staat, aber gegen die Art und Weise des Umgangs mit den Bürgern“, wurde die verschlechterte Beziehung der NDPD-Mitglieder zur DDR kommentiert.⁵⁵ Bei der DBD wurde das Verbot des „Sputnik“ nur selten thematisiert. Möglicherweise waren die DBD-Mitglieder aber auch weniger von der Maßnahme betroffen, weil sie nicht zu dem üblichen Leserkreis gehörten. Besorgt fragten aber auch sie, „ob nun damit zu rechnen sei, dass auch andere russische Zeitungen gestrichen werden?“⁵⁶

Bereits im Jahr 1984 fielen die Liberaldemokraten mit „Bedenken und Vorbehalten gegen die führende Rolle der SED und gegenüber Beschlüssen der SED“ auf.⁵⁷ Gestärkt durch den regen Mitgliederzulauf in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre äußerte die LDPD nicht nur selbstbewusst Kritik, sondern sie präsentierte sich gegenüber der SED als Partner, der Erwartungen und Wünsche formulierte und Gleichberechtigung, Achtung und Wertschätzung durch die Genossen einforderte. Die hohe Selbstreferenzialität in den Reden und Texten der LDPD ist ein Ausdruck dieses Selbstverständnisses. Weiteres Indiz sind die deutlich geäußerten Erwartungshaltungen und Reformforderungen an Parteitage und Tagungen, deren Nicht-Erfüllung regelmäßig enttäuscht kommentiert wurde.

Nicht nur intern, sondern auch in Schreiben an die SED-Kreisleitungen wurde eine authentische Sprache gewählt. Die so selbstbewusst vorgebrachte Kritik der LDPD gipfelte bereits 1986 in der Forderung nach einer modifizierten Ausübung der Führungsrolle. Trotz gelegentlicher Zurechtweisungen durch die SED-Kreisleitungen scheint die LDPD aber dennoch – oder gerade deswegen – eine höhere Wertschätzung erfahren zu haben als die übrigen Blockparteien. So wurde der Rostocker Bezirksvorsitzende Krüger seitens der SED-Bezirksleitung für sein Selbstbewusstsein, seinen Ideenreichtum und sein Drängen auf Problemlösungen gelobt. Gleichfalls war einzig den Archivalien der LDPD zu entnehmen, dass sie Auswertungen der eigenen Parteitage mit Teilnehmern der SED-Bezirksparteischule vornahmen und nicht nur einseitig Anleitungen der SED empfingen.

Auf allen Ebenen der LDPD wurde bereits 1986 über die Notwendigkeit eines eigenständigen Parteiprofils diskutiert. Die angestrebte größere Eigenständigkeit wurde jedoch nicht als Gegenpol zur SED gedacht, sondern soll-

55 Bericht über die Jahresmitgliederversammlung Ahlbeck/NDPD KV Wolgast vom 30.1.1989, ebd., Nr. 1768, Bl. 8.

56 Informationsbericht an den Parteivorstand 56/88 vom 25.11.1988, SAPMO BArch, DY 60/2901, S. 3.

57 Probleme der Bündnispolitik gegenüber den befreundeten Parteien in der DDR vom 10.8.1984, ebd., Nr. 6632, Bl. 12.

te nur die Vitalität des politischen Systems erhöhen. Fragen nach der Wirkungsweise der Abgeordneten und der Ergebnisse der Parteiarbeit ließen im November 1987 Forderungen nach der Einführung der Fraktionsarbeit auf allen politischen Ebenen aufkommen. Diese würde die Führungsrolle der SED nicht antasten und daher keine Gefahr darstellen, aber die Repräsentanz der LDPD und die Transparenz der Abgeordnetentätigkeit erhöhen.

Die Forderungen nach Eingrenzung der Allmacht der SED wurden bis zum Sommer 1988 konkreter: Ihre Aufgaben sowie die zeitliche Dauer von Wahlfunktionen sollten begrenzt und Positionen der Abgeordneten gestärkt werden.⁵⁸ Die Verantwortlichen für die ausgemachte Krise der späten DDR erkannten die LDPD-Mitglieder deutlich: Das Politbüro sei überaltert und nicht in der Lage, die anstehenden Probleme zu beheben, solange es nicht erkennen wolle, dass die Ursachen für die Missstände in der DDR selbst und nicht beim „Klassengegner“ zu suchen seien.⁵⁹ Spätestens mit dieser Erkenntnis wurde der Führungsanspruch der SED in Frage gestellt.

Mit der entstehenden Diskussion über die Rolle der SED ging auch die Forderung nach einer stärkeren Profilierung der LDPD einher, die als eine Art „gesellschaftliches Regulativ“⁶⁰ gesehen werden wollte. Auch bei der LDPD resultierte aus der erkannten „Laufburschentätigkeit“⁶¹ der Volksvertreter für die örtlichen SED-Organe Resignation und eine sinkende Bereitschaft zur Übernahme von politischer Verantwortung und Ämtern. Beides wirkte sich auf die Wahlvorbereitungen und die Anzahl der Parteiaustritte aus.

Die Zweifel an der Führungskompetenz der SED nahmen im Jahr 1988 deutlich zu,⁶² insbesondere in den Reihen der „Intelligenz“.⁶³ Enttäuschung über die mangelnden Ergebnisse der ZK-Tagungen und das „Hinwegregieren“ über die Köpfe der Bürger und Parteien⁶⁴ ließen auch Fragen nach den Kompetenzen und Handlungsbefugnissen von Ministerrat und Volkskammer aufkommen. Auch angesichts des beharrlichen Ignorierens der Vorschläge der LDPD⁶⁵ zur Parteireform mehrten sich ab Ende 1988 resignative Tendenzen: Mandatsträger zogen sich zurück und die Suche nach neuen Kandi-

58 Vgl. Informationsbericht KV Rostock-Land vom 29.6.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33845.

59 Vgl. z. B. Informationsbericht Wismar vom 9.1.1988, ebd., Nr. 33880, S. 2.

60 Informationsbericht der LDPD-Rostock-Stadt vom 4.8.1988, ebd., Nr. 33787.

61 Ebd., S. 2.

62 Informationsbericht Juli/August des BV an den ZV vom 12.8.1988, ADL, Bestand Abteilung Parteivorstände, Nr. L8-1005, S. 2.

63 Informationsbericht August/September des BV an den ZV vom 13.9.1988, ebd., S. 3.

64 Protokoll der Kreisvorstandssitzung Grevesmühlen vom 13.10.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33798.

65 Gemeint waren hier die Trennung von Staat und Partei und die zeitliche Begrenzung der Abgeordnetentätigkeit nach dem Vorbild der SU, Schreiben des Rügener Kreissekretärs an Krüger vom 6.6.1988, ebd., Nr. 33813, S. 2.

daten für die anstehende Kommunalwahl stieß auf ernstzunehmende Probleme.

Im Vorfeld der Kommunalwahl im Mai 1989 nahmen einige Kreisverbände einen Stimmungswandel wahr. Die Mitglieder beurteilten das Wahlgesetz der DDR „mit dem Blick nach Osten“ und leiteten „Notwendiges Neues“ von dort ab.⁶⁶ Als eine notwendige Maßnahme wurde – nicht nur in wahlrechtlichen Fragen – eine Demokratisierung in Anlehnung an die Reformen Gorbatschows angesehen. Die Diskussionen um die parteiübergreifenden Befugnisse der SED nahmen ebenfalls zu. Die Nicht-Bestätigung eines LDPD-Schöffen durch den Leiter des Rostocker Kreisgerichts im Vorfeld der Kommunalwahl 1989 rief die Fragen hervor: „Mit welchem Recht entscheidet der Parteisekretär der SED über Mitglieder der LDPD? Oder müsste man denen die Trennung von Staat und Partei erklären?“ Ein weiteres „Hineinreden“ wolle man „nicht mehr akzeptieren.“⁶⁷

Die Einsicht, dass konstruktive Vorschläge und ein Mitregieren nicht erwünscht seien, setzt sich im Sommer 1989 durch. Der mögliche Ausweg war klar: Die „LDPD muss wieder politischer“ und aus den „Scheinkabinetten“ müssen wieder Volksvertretungen werden.⁶⁸ Die grundsätzliche Regierungsfähigkeit der SED hatte bereits ab April 1989 zur Disposition gestanden. Diesen mittlerweile permanent schwelenden Konflikt um die Führungsrolle der SED erkannte auch der Bezirksvorsitzende Krüger. Er schätzte ein, dass die Führungsrolle als Bestandteil der LDPD-Satzung zwar anerkannt werde, diese aber auch einen gehobenen Anspruch an Überzeugungskraft und Führungsfähigkeit mit sich bringen müsse. Kurzum: Die SED werde ihrem Führungsanspruch derzeit nicht gerecht. Ein Führungsvakuum werde die LDPD nicht hinnehmen.

Mitte Juli übergab die LDPD-Parteiführung einen Vorschlagskatalog an den 12. Parteitag der SED, der die Attraktivität des Sozialismus in der DDR steigern sollte. Damit legte die LDPD den letzten umfassenden Reformkatalog vor dem Beginn der Wende vor. Wesentliche Inhalte waren die Umgestaltung des Blocks zu einem Problemdiskussionsforum unter Gleichberechtigten, strikte Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, die Stärkung aller Volksvertretungen und Erhöhung der Volkskammer zu einem legislativen Gremium, eine transparentere und authentischere Berichterstattung auch über die Arbeit der politischen Gremien und die Erweiterung der Karriere-

66 Informationsbericht Rostock-Stadt vom 6.4.1989, ebd., Nr. 33788.

67 Informationsbericht Rostock-Stadt vom 8.5.1989, ebd., S. 1 f.

68 Die unsachgemäße Gleichsetzung von Kabinetten und Volksvertretungen nimmt die Quelle vor, nicht die Verfasserin. Abschlussbericht des 32. Zirkeljahres der politischen Bildungszirkel Rostock vom 4.7.1989, ADL, Bestand Abteilung Agitation und Schulungen, Nr. L8-345, S. 3 f.

möglichkeiten von Blockparteimitgliedern in Politik, Militär und Verwaltung.⁶⁹

Die Ausreisewelle verschärfte den schwelenden Konflikt ab August: Die offizielle Hetzkampagnen-Erklärung wurde von den Mitgliedern der LDPD nicht akzeptiert. Dass bei einem weiteren Stillstand auch die Existenz DDR auf dem Spiel stehen könnte, wurde angedeutet. Eine tatsächliche Analyse der Ausreiseursachen nahm der Kreisverband Bad Doberan vor und kam zu dem prägnanten Ergebnis: „Die SED steuert alles“.⁷⁰ Da „Demokratie unter absoluter Herrschaft nicht möglich“ sei, dominierten ab Mitte Oktober theoretisch begründete Zweifel an der Führungsrolle, die nun nicht nur die Mehrheit der Mitglieder, sondern auch der Kreisfunktionäre teilten.⁷¹

Während die LDPD-Funktionäre sich Ende Oktober gegen die Führungsrolle ausgesprochen hatten, forderten einige Basisgruppen bereits die moralische und juristische Rechenschaftspflicht für den Zustand der DDR durch die SED-Führung. Rege Diskussionen über die grundlegende Zukunft der SED entbrannten ab Ende November. Dabei reichten die Forderungen von einem Verbot der SED als bewusstes Äquivalent zum Verbot der KPD in der Bundesrepublik im Jahr 1956 bis hin zu der reflektierten Ansicht, die SED solle sich auflösen und als eine kommunistische und eine sozialdemokratische Partei neu gründen, damit also die Vereinigung von KPD und SED im Jahr 1946 revidieren.

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der SED war bei der LDPD weniger stark ausgeprägt als bei den übrigen Parteien; man richtete den Fokus stattdessen vornehmlich auf sich selbst. So brach die Diskussion über die Beziehung zur SED ab Ende November 1989 ab. Vereinzelte Äußerungen zeigen aber die tiefe Spaltung der Partei. Während die Abkehr der Partei vom Sozialismus im Dezember häufig als Austrittsgrund angegeben wurde, war die Regierungsbeteiligung ebenso oft Ursache dafür. Die Parteiführung selbst sah sich auf dem Weg der Vernunft und im Dienst der Sicherheit weiterhin als Koalitionspartner der SED. Damit war der Spaltungsprozess der vergleichsweise lange bestehenden Einheit von Basis und Führung der LDPD ab Dezember abgeschlossen. Gerlach hielt an seiner Position auch im Frühjahr 1990 noch fest: Nicht gegen, sondern mit der SED-PDS müsse das Land regiert werden. Zu einzelnen Reformern aus dem Umfeld der SED-PDS-Führungsriege suchte er gezielt Kontakt. Damit unterscheidet sich die LDPD deutlich von allen anderen Parteien, die spätestens seit Januar 1990

69 Vgl. Vorschläge des LDPD-Parteivorstands an den 12. Parteitag der SED zur weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie, der Festigung der Staatsmacht und der Sicherung der sozialistischen Staates vom 14.7.1989, SAPMO BArch, DY 30/2582, S. 21-50.

70 Analyse der Faktoren, die die Bürger der DDR zum Verlassen ihres Landes bewegen, KV Bad Doberan an Krüger vom 21.9.1989, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33775.

71 Z. B. Brief Bad Doberan an Gerlach vom 16.10.1989, ebd., S. 1 ff.

eine konsequente Ablehnung und zum Teil auch Bekämpfung der SED-PDS als Grundlage ihrer eigenen Profilierung nutzten.⁷²

Nachdem die Blockparteien in den frühen 1980er Jahren über ihre einstige Transmissions-Aufgabe hinaus eine langfristige Perspektive zur Mitgestaltung der DDR-Gesellschaft durch eigenständige, spezifische Bündnisbeiträge erhalten hatten,⁷³ wurden die Bezugnahmen der LDPD auf ihre freiheitlich-bürgerliche Tradition wieder stärker. Ausdruck dieses Selbstbewusstseins ist das Bekenntnis der LDPD zu anderen prägenden Einflüssen und Werten als denen der sozialistischen Arbeiterbewegung. So betonten die Bad Doberaner Liberaldemokraten interessanterweise die wertebildende Bedeutung des Christentums und natürlich insbesondere die Relevanz der liberal-demokratischen Traditionslinie des humanistisch geprägten Bürgertums seit dem 19. Jahrhundert. Diese „progressive Ideologie der Vergangenheit“ – wenn auch in einem sozialistisch umgedeuteten Verständnis – zu bewahren und für den Prozess der „Klassenannäherung“ zu nutzen, mache die bündnispolitische Verantwortung der LDPD aus.⁷⁴ Auch der Bezirksverband vertrat eine ähnliche Position: Neben den Gemeinsamkeiten mit der SED habe die LDPD auch deshalb eine Daseinsberechtigung, weil sich ihre weltanschaulichen Prinzipien von Marx und Lenin unterschieden.⁷⁵ Besonders in den „früheren Mittelschichten“ seien „kleinbürgerliche Ansichten noch stark verwurzelt“, die die LDPD aufgreife.⁷⁶ Selbstbewusst bekannten Krüger und sein Stellvertreter auf der Bezirksvorstandssitzung im Frühjahr 1988:

„Wir kommen nicht von Marx, Bebel, Thälmann zum Sozialismus, aber der Sozialismus ließ uns begreifen, was jene wollten, dachten und erstritten. Unsere geistigen Väter sind die nichtproletarischen Demokraten – die Barrikadenkämpfer der bürgerlich-demokratischen Revolution [...], die Demokraten und Liberalen der Paulskirche [...] die Gegenspieler Bismarcks an der Seite Bebels, die bürgerliche Frauen- und Friedensbewegung an der Seite Clara Zetkins, Carl von Ossietzkys und anderer [...]. Das Wort Frieden als ein Grundwert unserer Partei ist älter als der Sozialismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung.“

- 72 Siehe dazu ausführlich Jürgen Frölich: „Regierungspartei und Opposition“ zugleich? Zur Politik der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD) in der Wendezeit 1988-1990. In: Heiner Timmermann (Hrsg.): Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre. Berlin 2001, S. 255-268.
- 73 Vgl. die Einträge „Bündnispolitik“. In: Kleines politisches Wörterbuch. Neuauflage, Berlin 1988, S. 155 und Eintrag „Bündnis“. In: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin (Ost) 1977, S. 123-128, hier S. 127.
- 74 Informationsbericht Bad Doberan vom 5.12.1987, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33878.
- 75 Vgl. Eröffnungsrede auf der Bezirksvorstandssitzung am 28.4.1988, ADL, Bestand Bezirk Rostock, Nr. 33751, S. 7.
- 76 Bericht zum politischen Bildungszirkel Wismar vom 2.5.1988, ebd., Nr. 33879, S. 2.

Fast schon provokant oder solidarisch mit der aufkommenden Bürgerbewegung ergänzte er: „Insofern sind wir Andersdenkende.“⁷⁷

Dass die Mehrheit der Liberaldemokraten tatsächlich in einigen Fragen „Andersdenkende“ waren und ihre Meinung zu den skizzierten Fragestellungen und auch das liberaldemokratische Selbstverständnis sich zum Teil erheblich von der Grundstimmung in den übrigen Parteien unterschied, ist richtig und brachte ihr in der zweiten Hälfte der 80er Jahre – nicht zu Unrecht – den Ruf einer Reformpartei ein. Wohlgemerkt konnte die LDPD dies aber nur erreichen, weil die SED-Führung Gerlach als prominentestes Sprachrohr reformorientierter Mitglieder und Bürger nicht nur gewähren ließ, sondern die Blockparteien in den späten 1980er Jahren sogar zu einer stärkeren Profilierung ermutigte.

Entstand aber das Profil der LDPD aus einer bewussten Bezugnahme auf liberale Ideen? Das Klima in der LDPD und die Kommunikation mit den übergeordneten Parteiinstanzen war weniger hierarchisch als bei den übrigen Parteien, deshalb konnte der Unmut der Mitglieder adäquater kommuniziert werden und wurde von Gerlach stärker repräsentiert als von den Vorsitzenden von CDU(D), NDPD und DBD. Die Kritik der Liberaldemokraten an der Basis (Unehrllichkeit, mangelnde Effizienz, zu starke Dominanz der SED, unzureichende Informationspolitik etc.) unterschied sich im Kern aber nur unwesentlich von derjenigen der Mitglieder der anderen Blockparteien. Als Alleinstellungsmerkmale der Liberaldemokraten kann man die authentischere Sprache, das Prinzip einer Kritik an politischen und gesellschaftlichen gegenüber einer Kritik an materiellen Zuständen, eine größere Toleranz gegenüber nicht-staatlichen Akteuren und natürlich die Bezugnahmen auf ihre – sozialistisch modellierte – liberale Traditionslinie ausmachen. Einen tatsächlichen Liberalismus konnte es unter den Bedingungen des „real existierenden Sozialismus“ in der DDR jedoch nicht geben. Wohl aber waren die Methoden und Werkzeuge, mit denen viele Mitglieder aller Blockparteien und insbesondere der LDPD den DDR-Sozialismus reformieren wollten, freiheitlich-demokratischer Natur.

77 Eröffnungsrede auf der Bezirksvorstandssitzung am 28.4.1988, ebd., Nr. 33751, S. 7.

